

**II- 7908 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 4007 IJ

1989 -06- 23

A N F R A G E

des Abgeordneten Wabl und Freunde

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend Überbauungsrechte an Gleisanlagen der ÖBB

Die Wirtschaftsuniversität Wien wurde im Wege einer Überbauung von Teilen des Franz Josefs-Bahnhofs realisiert. Für das Überbauungsrecht wird letztendlich vom Wissenschaftsministerium an die ÖBB - auf die gesamte Laufzeit gerechnet - der 8fache Verkehrswert des Grundstückes bezahlt. Dieses aus der Sicht der ÖBB gute Geschäft hat gemeinsam mit anderen Gründen im Vergleich zu ähnlichen Bundesbauten um 50 % höhere Baukosten mit sich gebracht. Um die Sinnhaftigkeit solcher Überbauungen zu untersuchen

richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A N F R A G E :

1. Welche Überbauungsrechte auf Gleisanlagen der ÖBB wurden bis zum heutigen Datum
wann, für welchen Standort, in welchem Umfang, an wen und zu welchem Entgelt
abgegeben?
2. Mit wie vielen privaten Unternehmungen wurden Verträge über die Überbauung abgeschlossen, wieviele Verträge wurden mit der öffentlichen Hand abgeschlossen?
3. Wie hoch ist die gesamte überbaute Fläche, wieviel Prozent dieser Fläche gehen an den größten "Abnehmer"?
4. Gibt es Vertragspartner, mit denen über mehrere Standorte Verträge abgeschlossen wurden?
5. Wurde im Fall des Vertragsabschlusses mit Privaten gemäß § 64 Abs 2 Zif 2 Bundeshaushaltsgesetz (bzw. gemäß der sinngemäßen Bestimmungen der jeweiligen Bundesfinanzgesetze) geprüft, ob das Überbauungsrecht vom Bund überhaupt nicht mehr oder innerhalb absehbarer Zeit nicht benötigt wird? Wenn ja, wie wurde das geprüft? Wenn nein, warum nicht?
6. Finden derzeit Verhandlungen über zukünftige Vertragsabschlüsse statt, wenn ja, mit wem und für welche Flächen?